

Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Bierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellgeld besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einseitige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigenannahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 18

Sonnabend, den 21. Januar 1928

35. Jahrgang

Chronik des Tages.

- Der neuernannte Reichswehrminister Groener hat am Sonnabend sein Amt angetreten.
- Der Reichstag will die Beratung des neuen Reichshaushalts bis zum 31. März beenden.
- Die Verschuldung der pommerischen Landwirtschaft beträgt nach einer Denkschrift der Landwirtschaftskammer 800 Millionen Mark.
- Parler Gilbert ist, von Paris kommend, in Brüssel eingetroffen und hatte hier Besprechungen mit führenden Männern.
- Auf dem Wege nach dem Berliner Polizeipräsidium hat sich in einer Autodrohke der nervenkrankte, 59-jährige Kaufmann Gustav Runge aus Königsberg i. Pr. erschossen.
- In der Wilmersdorfer Krematoriumsaffäre sind jetzt nach Abschluß der polizeilichen Ermittlungen die Akten der Staatsanwaltschaft zugestellt worden.
- Bei einem Dampferunglück unweit der Harber-Gruppe haben, einer Kopenhagener Meldung zufolge, fünf Passagiere den Tod gefunden.

Einigang im Zentrum.

Der Konflikt zwischen Reichskanzler Dr. Marx und Gewerkschaftsführer Stegerwald beigelegt. Die Reichstagsfraktion der Zentrumsparterie hat ihre Verhandlungen über die Differenzen innerhalb der Partei erfolgreich beendet. In einer der Presse übergebenen Mitteilung wird betont, der in den letzten Wochen veröffentlichte Kanzlerbrief stelle eine vertrauliche private Meinungsäußerung dar, die von dritter Seite ohne Zustimmung des Empfängers veröffentlicht worden sei. Es handele sich dabei um eine Antwort auf eine Beschwerde des geschäftsführenden Ausschusses des katholischen Lehrerverbandes über eine nicht zur Veröffentlichung bestimmte briefliche Neußerung Stegerwalds zur Frage der Wartestandsbeamten. Auch habe sich die Kritik des Kanzlers lediglich auf die von Stegerwald referierend wiedergegebenen Neußerungen Dritter bezogen, sich aber keineswegs gegen Stegerwalds Stellungnahme zur Besoldungsreform gerichtet. Besonderen Wert legt der Reichskanzler darauf, festzustellen, daß seine Worte „Dr. Stegerwald und einige Gewerkschaftsführer“ keineswegs irgend wie in geringschätzigem Sinne gemeint worden sind.

Kanzlerbrief an Stegerwald.

Anerkennende Worte für die christlichen Gewerkschaften.

Um den Vorgängen in der Zentrumsparterie jede persönliche Spitze zu nehmen, richtete Reichskanzler Dr. Marx als Parteivorstandender einen Brief an Stegerwald, in dem er ihm für die Mitarbeit zur Beilegung des Konfliktes dankt und danach ausführt:

„Sie dürfen versichert sein, daß ich nicht daran gedacht habe, Ihnen durch den bekannten Brief kränkende Vorwürfe zu machen. Umsoweniger, als wir seit Jahr und Tag an der Spitze der Partei große politische Verantwortung miteinander getragen haben. Ich wünsche nichts Schnelleres, als daß Sie auch weiterhin mit Ihrem Rat und Ihrer Erfahrung, gestützt auf Ihre enge Fühlung mit der christlichen Arbeiterklasse, gemeinsam mit uns die großen sozialen und staatspolitischen Aufgaben in Ihrer bisherigen führenden Stellung lösen helfen.“

Bei dieser Gelegenheit habe ich mit tiefem Bedauern festgestellt, daß meine soziale Gesinnung in Zweifel gezogen worden ist. Ich vertrete den

Gedanken der Volksgemeinschaft

und die sozialen Grundzüge unserer Partei unentwegt, und bleibe festen Willens, den Aufstieg der Arbeiterklasse in jeder Hinsicht rechtlich und praktisch zu fördern.“

Der Wechsel im Wehrministerium vollzogen.

Reichswehrminister Dr. Gessler hat am Freitag dem Reichspräsidenten von Hindenburg seinen Abschiedsbefuch gemacht und am Sonnabend dem neuernannten Reichswehrminister Groener offiziell die Weisung übergeben. Damit hat Generalleutnant Groener sein neues Amt als Reichswehrminister angetreten. Der Wehrmacht wird durch einen Erlaß von dem Wechsel in der Leitung des Reichswehrministeriums Kenntnis gegeben, in dem Dr. Gessler den Offizieren und Soldaten für die gemeinsam geleistete Wiederanbahnarbeit dankt und ihnen weiter guten Erfolg im Dienste der deutschen Nation wünscht.

Wie verlautet, wird Dr. Gessler Berlin umgehend verlassen und sich nach seinem Gut Hindenburg begeben, um dort in Wochen absoluter Ruhe seine angegriffene Gesundheit wieder zu festigen. Reichswehrminister Groener wurde am Vortage seines Amtsantritts vom Reichspräsidenten empfangen; im An-

schluß daran machte Minister Groener auch dem Reichskanzler und den Chefs der Heeres- und Marineleitung, General Hege und Admiral Zentgraf, seine Aufwartung.

Von deutschnationaler Seite

wird eine parteiamtliche Erklärung verbreitet, in der festgestellt wird, daß in der Tat zunächst Bedenken politischer Art gegen eine Ernennung Groeners zum Wehrminister bestanden hätten. Die Ernennung erfolge aber durch den Reichspräsidenten auf Vorschlag des Kanzlers. Im übrigen erkenne die deutschnationale Fraktion das Recht des Reichspräsidenten, gerade auf dem Gebiet der Wehrmacht selbständige Entscheidungen zu fassen, in vollem Maße an. Da General Groener der Mann des Vertrauens des Reichspräsidenten sei, stelle die Partei ihre Bedenken zurück.

Hindenburg an Gessler.

Ein Dankschreiben des Reichspräsidenten an den scheidenden Wehrminister.

Reichspräsident von Hindenburg hat an den zurückgetretenen Reichswehrminister Dr. Gessler ein Dankschreiben gerichtet, in dem er Gesslers Entschluß bedauert und zum Ausdruck bringt, daß er sich nur ungern von der bewährten Mitarbeit Dr. Gesslers trennt. Danach heißt es:

Vor nahezu acht Jahren, in einer Zeit innerer Wirrnisse und äußerer Bedrängnis, haben Sie das schwerste Amt des Reichswehrministers übernommen und es seither in hingebender und selbstloser Arbeit geführt, nur von dem einen Ziele geleitet, die uns verbliebene Wehrmacht zu einem über dem Streit der Parteien stehenden Pflichttreuen und tüchtigen Instrument des Reiches auszugestalten. Hierfür Ihnen im Namen des Reiches wie persönlich tiefempfundener, herzlichster Dank zu sagen, ist mir in dieser Stunde aufrichtiges Bedürfnis. Mit der Geschichte des Wiederaufbaues der deutschen Reichswehr und der deutschen Reichsmarine wird Ihr Name eng verbunden sein!

Zum Schluß spricht Reichspräsident von Hindenburg aufrichtige Wünsche für die baldige Wiedergefundung Dr. Gesslers aus und die Hoffnung, daß eine spätere Zeit Dr. Gessler wieder im Dienste des Reiches finden möge.

Abstimmung im Bildungsausschuß.

Die Paragraphen 14, 15 und 16 des Reichsschulgesetzes angenommen.

Der Bildungsausschuß des Reichstags hat nunmehr die Par. 14, 15 und 16 des Reichsschulgesetzes gegen die Stimmen der Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Par. 16a war bekanntlich gestrichen worden. Als Vertreter der Deutschen Volkspartei erklärte Abgeordneter Kuntel, nach Auffassung seiner Fraktion müßten in der Regel auf kirchlichem Boden stehende Schulaufsichtsbeamte mit der Einsichtnahme in den Religionsunterricht beauftragt werden und nur in Sonderfällen „obere kirchliche Stellen“. Ein Geistlicher, der lediglich Ortsgeistlicher sei, könne mit der Einsichtnahme nicht beauftragt werden, ebenso auch kein Nachbargemeinlicher, wenn er nicht zugleich den „oberen Stellen“ angehöre. Sollte die vorliegende Fassung diese Absicht nicht eindeutig zum Ausdruck bringen, dann müßte zwischen erster und zweiter Lesung im Plenum eine neue Formulierung gesucht werden.

Schlußgesetz oder Zwischenlösung?

Berlin, 21. Januar. Bei der Beratung des Kriegsschadenschulgesetzes im Reichstagsausschuß bezeichnete der Volksparteiler Dauch die von allen Parteien scharf kritisierte Regierungsvorlage als eine Enttäuschung. Redner forderte eine gleichzeitige Stimmenschaft für alle und befürwortete soziale Zuschläge. Mit den anderen Parteien seien bereits Verhandlungen über die Einbringung eines entsprechenden gemeinsamen Antrags eingeleitet. (Hege die Reichsregierung darauf nicht ein, könne der vorliegende Entwurf nur als Zwischenlösung betrachtet werden.)

Reform der Reichspost.

Anhebung von 14 Oberpostdirektionen. — Vermin-

derung der Stellen im Ministerium um 22 Proz. Der Verwaltungsrat der Reichspost trat am Freitag in Berlin zu einer neuen Sitzung zusammen und beschäftigte sich mit dem Stand der Reformarbeiten.

Da diese Arbeiten nunmehr größtenteils zu Ende geführt worden sind, konnte

Reichspostminister Schäkel

Mitteilungen über die in Aussicht genommenen Reformen machen. Danach wird eine weitgehende Dezentralisation angestrebt, so daß 22 Proz. der Referate und Beamtensstellen im Ministerium abgebaut werden können. Ferner ist die Anhebung von 14 Oberpostdirektionen geplant. Eine demnächst in Kraft tretende neue Zuständigkeitsordnung soll die Tätigkeit des Reichspostministeriums ausschließlich auf Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung beschränken.

Der Geschäftsgang der Oberpostdirektionen soll dadurch vereinfacht und verbessert werden, daß gemeinsame Angelegenheiten eines größeren Verkehrsgebietes für mehrere Oberpostdirektionen bei einer geschäftsführenden Oberpostdirektion zusammengefaßt behandelt werden. Zur

Bereinfachung des Geschäftsbetriebes

der örtlichen Verkehrsanstalten sollen soweit als möglich einzelne größere Ämter als Hauptämter ausgebildet werden, denen die übrigen Ämter eines Ortes oder größeren Bezirkes als Zweiganstalten unterstellt werden.

Zusammenbruch

der pommerischen Landwirtschaft.

Die Lage der pommerischen Landwirtschaft hat sich derart zugespitzt, daß die der pommerischen Landwirtschaftskammer angeschlossenen Vereine den Reichs-, Landes- und Provinzialbehörden eine Denkschrift überreichten und Stellungnahme bis zum 20. Februar forderten! Danach wird die Verschuldung allein der pommerischen Landwirtschaft auf 800 Millionen Mark geschätzt. Zur einheitlichen Gestaltung der Hilfsmassnahmen wird die Bestellung eines Kommissars mit besonderen Vollmachten u. unmittelbarem Vortragsrecht bei den Reichs- und Landesstellen verlangt, dem auch die Aufsicht über die Arbeiten der Kreditprüfungskommission zu übertragen ist. Die

Hauptversammlung der pommerischen Landwirtschaftskammer

in Stettin unterstrich die gestellten Forderungen, da im anderen Falle nur der Übergang zu einer weniger intensiven Wirtschaftsform übrig bleibe.

Politische Rundschau.

Im Alter von 66 Jahren starb in Lüdingen der kommandierende General des 51. Armeekorps während des Krieges, Generalleutnant v. Hofacker.

Die kaiserliche Zentrumsparterie und die U.S.P.D. haben beim Staatsgerichtshof Klage auf Ungültigkeit der letzten Landtagswahlen eingereicht.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist wieder hergestellt und hat am Freitag die Leitung des Ministeriums wieder übernommen. Am Abend gab der Minister ein Diner, an dem zahlreiche Botschafter teilnahmen. Am Sonnabend empfing Minister Stresemann den Präsidenten der Internationalen Handelskammer, Birelli.

Der Arbeitsplan des Reichsernährungsbundes.

Berlin, 21. Jan. Der Arbeitsausschuß des Bundes zur Erneuerung des Reiches hielt hier eine zweitägige Sitzung ab. Man kam überein, daß die gegenwärtigen Zustände unhaltbar sind. Zur Weiterführung der Untersuchung wurden zwei Ausschüsse eingesetzt, von denen der eine die Arbeitsteilung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden zu prüfen hat, während der zweite sich mit der Gestaltung des staatsrechtlichen Verhältnisses zwischen Reich und Ländern zu befassen hat.

Deutschland im russischen Handel.

Deutschland Rußlands Hauptlieferant. — Frankreichs Anteil verdreifacht.

Nach den jetzt vorliegenden Ergebnissen des letzten russischen Wirtschaftsjahres hat Rußland in diesem Zeitraum für 541,7 Millionen Mark Waren in Deutschland bestellt und für 490,7 Millionen Mark Waren an Deutschland verkauft. Der größte Teil der Bestellungen entfällt auf hochwertige Maschinen, Werkzeuge und chemische Erzeugnisse. Während der Einheitsausfuhrwert für 1 Kilo Anilinfarbstoff 6,25 und für Erdölignismotore 12,6 Mark beträgt, beläuft sich der ent-